

**DISKUSSIONSPAPIER**

---



# **Zukunftstrends der Bürgergesellschaft**

**Ein Diskussionspapier des  
Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement  
beschlossen vom Koordinierungsausschuss** \_\_\_\_\_

## Inhaltsangabe

- 
- 3 Welche Zukunftstrends werden unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert prägen?**
  - 4 I Demografischer Wandel, soziale Entwicklungen und ihre Bedeutung für das bürgerschaftliche Engagement**
    - 4 Engagement in einer Gesellschaft des „Länger Lebens“
    - 7 Engagement und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
    - 9 Engagement und neue soziale Netze
    - 11 Engagement und Kommunalentwicklung
    - 13 Engagement und die soziale Schere
    - 14 Engagement in Gesundheit und Pflege
    - 15 Engagement für Umwelt und Verbraucherschutz
    - 16 Engagement als Bildungsfaktor und als lebenslanges Lernen
    - 17 Engagement und die Potenziale verschiedener sozialer Gruppen
    - 19 Engagement im Verhältnis zur Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten
    - 21 Engagement und demokratische Gestaltungsmacht
    - 22 Engagement und Wertewandel
  - 24 II Perspektiven für die Infrastruktur der Engagementförderung**

Auswirkungen des sozialen Wandels auf die kommunale und regionale Infrastrukturentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements
  - 33 BBE Arbeitsgruppe „Perspektiven der lokalen Bürger/innengesellschaft“**
  - 35 Informationsmaterialien des BBE**
-

## Impressum

---

- Herausgeber:  
Der Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), – Geschäftsstelle –  
Träger der Geschäftsstelle des BBE ist der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)  
  
10179 Berlin, Michaelkirchstr. 17/18,  
Tel. 030-62 98 01 10,  
E-Mail: [info@b-b-e.de](mailto:info@b-b-e.de).  
Internet: [www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)
- Redaktion:  
Thomas Haigis (Filderstadt, Tel. 0711-700 33 75)  
Werner Heye (Hannover, Tel. 0511-16 84 37 89)  
Erhard O. Müller (Berlin, Tel. 0177-277 85 46)  
Roswitha Rüschenhof (Kassel, Tel. 0561-106 31 25)  
Jutta Stratmann (Dortmund, 0231-589 77 10)  
Rudolf Devic (Freiburg, Tel. 0761-20 04 22)  
V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE
- Layout: Regina Vierkant
- Druck: trigger.medien.gmbh

Das Papier wurde von der AG „Perspektiven der lokalen Bürger/innengesellschaft“ des BBE erstellt und im Koordinierungsausschuss des BBE abgestimmt.

Das Papier wurde aus Mitteln des BMFSFJ für die Förderung der Arbeit der Geschäftsstelle des BBE finanziert.

---

## Welche Zukunftstrends werden unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert prägen?

### Und wie soll sich die engagierte Bürgergesellschaft auf die daraus erwachsenden Herausforderungen einstellen?

Der Koordinierungsausschuss des BBE möchte mit diesem Positionspapier

- Anstöße zur Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft geben, die die gesamtgesellschaftlichen Zukunftstrends und Herausforderungen berücksichtigen;
- die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und seiner Förderung für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Gesellschaft verdeutlichen;
- das Zukunftswissen über Wege der Engagementförderung und Demokratieentwicklung auf lokaler Ebene vertiefen und besser nutzbar machen;
- zu einem funktionierenden Ineinandergreifen von Bürgergesellschaft, politischen Mandatsträgern und Verwaltung im Sinne einer „**Kompetenzpartnerschaft**“ beitragen.
- Die folgenden Kernthesen zur Zukunftsentwicklung der Bürgergesellschaft und den daraus resultierenden Konsequenzen richten sich insbesondere an Entscheidungsträger und Multiplikatoren des Gemeinwesens, die an verantwortlicher Position mittelbar oder unmittelbar mit dem bürgerschaftlichen Engagements zu tun haben.<sup>1</sup>

Das vorliegende Diskussionspapier will Impulse geben und zum Dialog einladen. Es liegt in der Natur der Sache, dass dabei auch Fragen offen bleiben, die einer weiteren Erörterung bedürfen. Während im Teil I grundlegende **Trends und Herausforderungen** herausgearbeitet werden, geht es im Teil II um die **Folgerungen für eine wirksame Infrastruktur** der Engagementförderung.

<sup>1</sup> Hinsichtlich der folgenden Positionen ist anzumerken, dass die dargelegten Trends sich in Einzelbereichen (z.B. verschiedenen Bevölkerungsgruppen oder Regionen) durchaus unterschiedlich darstellen können und ggf. eine entsprechende Differenzierung erfahren sollten.

## I. Demografischer Wandel, soziale Entwicklungen und ihre Bedeutung für das bürgerschaftliche Engagement

---

Die absehbaren Zukunftstrends unserer Gesellschaft werden gravierende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Gefüge und Miteinander wie auch auf die Arbeitsmarkt- und Kommunalentwicklung haben: Die prognostizierten Geburtenziffern, die steigende Lebenserwartung, die Zu- und Abwanderungen, die steigende Vielfalt der Haushaltsstrukturen und nicht zuletzt die Flexibilisierung der Arbeitswelt werden unser soziales Miteinander und unsere individuellen Lebensstile verändern.

Die angedeuteten Entwicklungen bergen **erhebliche Herausforderungen** für unsere Sozialsysteme, für die kommunale Infrastruktur sowie für ein neues Arrangement von Leben und Arbeit. Dabei ist von großen regionalen – und auch kleinräumlichen – Unterschieden auszugehen, da die demografische Entwicklung eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung einer jeden Region verbunden ist. Wachsende regionale Disparitäten werden die Folge sein. Dies alles führt einerseits zu dem Wunsch und der Notwendigkeit, staatliches und politisches Handeln neu auszurichten. Aber auch das bürgerschaftliche Engagement steht in diesem Kontext vor großen und zum Teil ungewohnten Herausforderungen. Im Folgenden werden einige dieser Trends und Herausforderungen vorgestellt – und mögliche Antworten auf sie entwickelt.

### Bürgerschaftliches Engagement in einer Gesellschaft des „Länger Lebens“

Die Zunahme der Lebenserwartung und der Rückgang der Geburtenzahlen haben sowohl eine Abnahme der Bevölkerungszahlen als auch eine Verschiebung der Altersstruktur zur Folge. In der Prognose des Statistischen Bundesamtes wird bis zum Jahr 2050

---

von einem Rückgang um 10% ausgegangen. Zu erwarten ist ein Rückgang von 82,5 Mill. Einwohnern in der BRD heute auf 75,1 Mill. im Jahr 2050.<sup>2</sup> Der Altenquotient wird sich bis dahin verdoppeln.

**Die älter werdende Gesellschaft birgt sowohl Herausforderungen als auch Chancen:** Auf der einen Seite steigt die Anzahl insbesondere der hochaltrigen Menschen, für die eine ausreichende Dienstleistungsstruktur im Hilfe- und Pflegefall zur Verfügung stehen muss, da informelle Hilfeleistungen durch Angehörige oft überlastet sind oder aber ganz fehlen. Viele Projektbeispiele zeigen mittlerweile, dass Ehrenamtliche bei entsprechender Qualifizierung und Begleitung für verschiedene Tätigkeitsbereiche in der Unterstützung pflegebedürftiger Menschen zu gewinnen sind.<sup>3</sup>

**Die alternde Gesellschaft birgt aber auch Chancen in sich,** die allerdings – unter anderem bedingt durch ein unangemessenes Altersbild in der Öffentlichkeit – bislang kaum sichtbar werden. Ob im Erwerbsleben oder auch im bürgerschaftlichen Engagement: Viele Ältere verfügen über ein Erfahrungswissen, das sie beispielsweise beim Aufbau von Initiativen, im Austausch mit Kindern und Jugendlichen oder in der Entwicklungsarbeit bereits einsetzen – und sogar noch stärker zur Anwendung bringen könnten, wenn die Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen nicht immer noch aus vielen Lebensbereichen ausgeklammert bzw. unangemessen bewertet würden.

Die Lebensqualität in einer alternden Gesellschaft hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie ihre Bürgerinnen und Bürger diese mitgestalten können. In stärkerem Maße als bisher müssen daher die Interessen und Potenziale der Älteren in Bezug auf Wohnen, Wohnumfeld, Dienstleistungen etc. berücksichtigt werden. Der **2. Freiwilligensurvey** aus dem Jahre 2004 zeigt eindrucksvoll, dass sich ein großer Teil der älteren Menschen in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen freiwillig engagiert und ein wachsender Anteil zu bürgerschaftlichem Engagement Bereitschaft zeigt. Im Vergleich zur ersten Befragung im Jahr 1999 steigerte z.B. die

2 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2003 Wiesbaden.

3 siehe auch Ergebnisse der Tagung „Bürgerschaftliches Engagement für Ältere – Erfolge und Visionen“ des BBE in Ehreshoven 2004.

Altersgruppe der 60 bis 69-jährigen ihr Engagement um 6% auf 37%. Dieses Bedürfnis nach Partizipation und Engagement muss ernst genommen und gezielt gefördert werden. Das Engagement der älteren Menschen ist schon heute in vielen Bereichen zu einem wichtigen gesellschaftlichen Stützpfiler geworden. Es hat einen hohen gesellschaftlichen Wert und gibt demjenigen, der aktiv ist, unmittelbar etwas zurück: eine neue Verantwortungsrolle, Sinn, Freude und Integration.

**Das Bild des Alters ist leider noch häufig negativ geprägt**, weil ältere Menschen einseitig als Versorgungsempfänger und Belastung des Sozialsystems dargestellt werden. Dagegen erbringt die ältere Generation u.a. durch nachbarschaftliche Hilfe, freiwilliges/ehrenamtliches Engagement und Einsatz für die Familie vielfältige Beiträge zum Wohl der Gesellschaft. Das Bild des Alters muss zukünftig stärker von Anerkennung für die Leistungen älterer Menschen gekennzeichnet sein. Es gilt Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, die Potenziale älterer Menschen für ein gesellschaftliches Engagement zu nutzen. Für ein „erfolgreiches Altern“ bedarf es geeigneter Netzwerke, die die Potenziale einer solchen Engagementbereitschaft produktiver verbinden und für das Gemeinwesen nutzbar machen.

Eine insgesamt älter werdende Gesellschaft bedeutet auch, dass **junge Menschen immer mehr zu einer Minderheit werden**. Im Hinblick auf freiwilliges Engagement bedeutet dies z.B., dass sie für immer mehr gesellschaftliche Organisationen zur „knappen Ressource“ werden. Daher gilt es sensibel darauf zu achten, junge Menschen als Subjekte ernst zu nehmen – und nicht auf „Nachwuchs“, „potenzielle billige Arbeitskräfte“ usw. zu reduzieren. Mit Blick auf Bürgerbeteiligung und Partizipation ist zu berücksichtigen, dass alle Generationen gleichermaßen angemessene Berücksichtigung finden, auch um ohnehin bestehende Benachteiligungen – z. B. beim Wahlalter – auszugleichen.

Die Städte und Gemeinden beginnen, sich dem demografischen Wandel mit geeigneten kommunalen Maßnahmen und Programmen

zu stellen (bspw. durch „Demografiebeauftragte“ in Bielefeld oder auch Arnshagen). Politische Programme wie „Lokale Bündnisse für Familien“, „Aufbau von Familienzentren“ etc. versuchen, die Betreuungssituation von Kindern zu verbessern.

Der demografische Wandel stellt die Kommunen vor die Aufgabe, **für Jüngere und für Familien attraktiver zu werden**. Die Vereinbarkeit von Familie, Erwerbsarbeit und Bürgerengagement ist ein wesentliches Merkmal einer lebendigen Kommune, wie viele Beispiele zeigen. Das gemeinsame Engagement für ein lebenswertes Wohnumfeld kann Generationen stärker zusammen bringen. Die Förderung von entsprechenden Formen der Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung des Gemeinwesens ist zu stärken.

Diese Maßnahmen werden allerdings mittelfristig an der Bevölkerungsentwicklung kaum etwas ändern können. Auch werden – aufgrund der jeweils unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung – regionale Handlungsansätze verschieden ausfallen müssen.

### Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Die Verschiebungen im Bevölkerungsaufbau wirken sich auch auf soziale Leistungen und Leistungsfähigkeiten aus. Soziale Sicherungssysteme ebenso wie weite Teile des Wirtschafts- und Arbeitslebens müssen sich auf diese veränderten Bedingungen einstellen.

In vielen sozialen Bereichen wird **der Staat nicht mehr allein handlungsbefähigt** sein – er war es im Übrigen nach der Staatsidee des Grundgesetzes, wo von einem verschränkten Zusammenwirken von staatlicher und gesellschaftlicher Seite als tragendes Element unseres Gemeinwesens ausgegangen wird, noch nie. Unter den veränderten Bedingungen bedarf der Staat zunehmend der Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger, durch verschiedene Vermittlungsinstanzen sowie entsprechende Strukturen in Verwaltung, Organisationen, Einrichtungen, Verbänden, Vereinen und Initiativen.

Insgesamt ist jedoch an dem Grundsatz festzuhalten, staatliches Handeln immer auch in Verbindung mit der zivilgesellschaftlichen Verantwortung zu sehen, um deren Potenziale auszuschöpfen.

Bürgerschaftliches Engagement darf dabei allerdings **nicht zur „Ersatzkasse“** für nicht mehr finanzierbare staatliche Leistungen werden. Es darf nicht dazu kommen, dass sich die öffentliche Hand ihrer sozialen Verantwortung vollends entzieht. Vielmehr bedarf es einer besonderen „Qualität“ des bürgerschaftlichen Engagements, die durch entsprechende Rahmenbedingungen gewährleistet werden muss. Zur Sicherung der Rahmenbedingungen für das Engagement gehört auch, dass die öffentlichen Instanzen – nicht zuletzt die lokalen – sich weiterhin an Investitionen zur Stärkung, Vernetzung und bedarfsgerechten Förderung eines pluralen bürgerschaftlichen Engagements beteiligen. Investitionen in diesem Bereich sind Investitionen für die Grundlagen des Gemeinwesens und in eine zukunftsfähige Demokratie.

**Die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement müssen sich verbessern:** Non-Profit-Organisationen dürfen nicht dem Ökonomisierungsdruck unterliegen, sondern müssen durch geeignete Maßnahmen, beispielsweise ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht, unterstützt werden. Bürgerschaftliches Engagement darf in den Institutionen, Organisationen und Verbänden nicht bloß „Randthema“ sein – vielmehr geht es darum, den Engagementwillen der Bürger in die Logik und Struktur des öffentlichen Lebens einzubinden. Bürger und Bürgerinnen jeden Alters und sozialen Hintergrundes müssen in ihrem Lebensumfeld Anknüpfungspunkte vorfinden, um eigenes Engagement zu entwickeln und zu gestalten. Dies gilt auch für Kommunen: örtliche Anlaufstellen, engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen und -zentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen sowie entsprechende Konzepte zur Unterstützung des Bürgerengagements sollen weiter ausgebaut werden. Ziel muss es sein, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie den ihnen zugedachten Aufgaben gerecht werden können.

## Bürgerschaftliches Engagement und neue soziale Netze

Veränderungen in den familiären Beziehungen, den beruflichen und sozialen Umfeldern werden sich in immer stärkerem Ausmaß auf die Motive, Ausprägungen und Formen des bürgerschaftlichen Engagements auswirken. Das bürgerschaftliche Engagement wird sich in Zukunft stärker in Richtung eines zeitlich begrenzten Engagements – einhergehend mit einem hohem Grad an Eigensouveränität – entwickeln.<sup>4</sup>

Zeitlich begrenztes und projektorientiertes Engagement bringt allerdings auch Diskontinuität für die Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements mit sich. Deshalb sind **stabilisierende Strukturen** erforderlich, die die Kontinuität dieser Organisationen und ihrer Leistungen sicherstellen. Die Leitungsstrukturen werden sich dieser Aufgabe stellen und zugleich stärker als bisher zeitlich begrenztes und projektorientiertes Engagement fördern und einbinden müssen.

Dabei gilt es zu beachten, dass ein großer Teil der Strukturen, Netzwerke und Anknüpfungspunkte für solche Engagementformen seinerseits durch ehrenamtliche Arbeit geschaffen und vorgehalten wird. Viele Organisationen, Vereine und Verbände organisieren sich selbst über mehrere Ebenen hinweg ehrenamtlich. Diese ehrenamtlich geschaffenen und erhaltenen sozialen Netzwerke sollten in geeigneter Weise professionell begleitet und beraten werden. Dementsprechende verbindliche, strukturbildende Engagement- und Kooperationsformen zu fördern und ggf. auch neu zu entwickeln ist eine wichtige Aufgabe.

Der **Aufbau von sozialen Netzwerken**, verbunden mit der Erfüllung eigener Bedürfnisse und Sinnfindungen, wird ein zunehmender Motor des bürgerschaftlichen Engagements. Hierzu bedarf es auch der Zusammenführung neuer strategischer Partner, wie Unternehmen, Kommunen, Bildungseinrichtungen, Schulen etc. Die Individualisierung von Lebenswelten bringt gleichermaßen Chancen und Grenzen für die Entwicklung sozialer Netzwerke und Selbsthilfeorganisationen mit sich. Bürgerschaftliches Engagement kann hier sowohl neue

<sup>4</sup> Vgl. Hessische Landesregierung (Hg.): Engagement-Land Hessen, Landesstudie zum freiwilligen Bürgerengagement. Wiesbaden 2005.

soziale Netzwerke aufbauen als auch bestehende stärken. Dies ist angesichts der Veränderungen in den primären Netzwerken grundlegend für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement trägt zur notwendigen sozialen Integration gerade in lokalen Zusammenhängen bei.

Der frühzeitige Aufbau solcher Netze dient der Prävention und dem Erlernen von sozialen „Kulturtechniken“. Hierzu gehört auch die Verantwortung für sich, für andere und für die Gemeinschaft. Ob im Erwerbsleben oder auch im bürgerschaftlichen Engagement – viele Ältere besitzen ein Erfahrungswissen, dass sie beispielsweise beim Aufbau von Initiativen, im Austausch mit Kindern und Jugendlichen oder in der Entwicklungsarbeit bereits einsetzen und verstärkt einsetzen können. Junge Menschen finden hier Freiräume für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit und zum selbstbestimmten Lernen und Aktivsein.

Das **Erlernen von Solidarität und Verantwortung für andere** findet in erheblichem Maße im bürgerschaftlichen Engagement statt. Außerfamiliäre Netze werden für die Bildung und das lebenslange Lernen immer wichtiger. Hierfür müssen Felder des sozialen Lernens bereit stehen. Die Potenziale zum Engagement müssen stärker genutzt werden, beispielsweise durch die Einbeziehung des Erfahrungswissens von Senioren oder auch durch die Förderung von sozialem Lernen in Schule, Aus- und Weiterbildung.

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels der Familie, der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile gewinnen außerfamiliäre selbstbestimmte und selbstorganisierte Netzwerke in Zukunft immer mehr an Bedeutung.<sup>5</sup> Hier können sich ältere Menschen nach Erwerbs- und Familienarbeit zusammenfinden und neue soziale Kontakte mit Menschen in der gleichen Lebenssituation, Neuorientierung und neue Perspektiven entfalten, um ihre „Lebensphase Alter“ sinnstiftend und erfolgreich zu gestalten. Für junge Menschen hingegen bieten sie die Möglichkeit, in einer älter werdenden Gesellschaft jugendadäquate Lebenswelten zu schaffen.

---

5 Vgl. Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): *Alter gestaltet Zukunft. Rahmenbedingungen, Leitlinien 2010, Datenreport*. Düsseldorf 2004, S. 28.

Die im Gemeinwesen verankerten sozialen Netzwerke geben den Beteiligten eine „Heimstatt“ in Form von **nachhaltigen und langlebigen Gemeinschaftsstrukturen**, die es ihnen ermöglichen, gemeinsam älter zu werden. Ein Beispiel dafür sind die ZWAR-Gruppenetze in Nordrhein-Westfalen, wo z.B. von gemeinsamen Wohnprojekten ein vielfältiges bürgerschaftliches Engagement für Menschen außerhalb des Netzwerkes ausgeht.<sup>6</sup>

### Bürgerschaftliches Engagement und Kommunalentwicklung

Der kommunale Wettbewerb um junge Einwohner und qualifizierte Arbeitskräfte wird zunehmen. Besonders aus den strukturschwachen ländlichen Gebieten der Neuen Bundesländer wandern jedes Jahr weit mehr Menschen ab als hinzuziehen. Insbesondere junge Menschen mit Ausbildung sind es, die auf der Suche nach Arbeit „ihr Land“ verlassen. In Verbindung mit der anhaltend niedrigen Geburtenrate wird sich dieser demographische Trend in den kommenden Jahren nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in einigen westdeutschen Regionen noch verstärken. Mit dieser Abwanderung geht eine zunehmende Perspektivlosigkeit einher, die leicht in dumpfe Radikalität umschlagen kann.

Für die strukturschwachen Regionen werden eine weitere negative Arbeitsmarktentwicklung, die Abwanderung junger Familien und in Folge dessen die Alterung der Bevölkerung und ein Bevölkerungsrückgang vorhergesagt. Dies wirkt sich unmittelbar auf die kommunale Wirtschaftskraft, die kommunalen Finanzen und damit auf die Ausstattung der technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur aus. Unzureichende Auslastung gepaart mit **fehlenden finanziellen Handlungsspielräumen der Kommunen** gefährden Instandhaltung und Aufrechterhaltung von öffentlichen aber auch privat geführten Anlagen und Einrichtungen (z.B. Kindergärten, Schulen, Bäder, Bibliotheken, Kultur- und Bürgerhäuser, Lebensmittelmärkte). Gleichzeitig wächst der Bedarf an neuen Einrichtungen, Dienstleistungen und einer veränderter Wohnumfeldgestaltung, die den älteren Bewohnern, den veränderten Haushaltstrukturen und der Nationalitätenvielfalt gerecht werden.

6 Vgl. ZWAR Zentralstelle NRW (Hg.): ZWAR – das pädagogische Konzept. Dortmund 2004 (Download unter [www.zwar.org](http://www.zwar.org)).

In Regionen mit nur noch geringer Besiedlung ist überdies der öffentliche Personennahverkehr akut gefährdet, dessen Verlust eine weitere erhebliche Minderung von Lebensqualität bedeuten und die Abwanderung beschleunigen würde. Hier sind innovative Modelle – wie Bürgerbus, lokale Mitfahrbörse, „Roter Punkt“ – gefragt, die wesentlich auf bürgerschaftlichem Engagement basieren.

Unter diesen Vorzeichen erfährt das bürgerschaftliche Engagement nicht nur einen faktischen und politischen Bedeutungszuwachs, sondern auch eine neue Ausrichtung. Es entwickelt sich zu einer **Stütze kommunaler Entwicklung und Lebensqualität** und wird zunehmend Teil der kommunalen und regionalen Entwicklungsstrategie. Es ergänzt Ansätze wie die der interkommunalen Zusammenarbeit. Kommunale Dienstleistungen und Einrichtungen werden künftig immer mehr unter Beteiligung von Vereinen, Privatpersonen, Unternehmen etc. realisiert und am Leben erhalten. Vieles deutet darauf hin, dass dies auch die private finanzielle, organisatorische und bauliche Mitverantwortung und Trägerschaft einschließt. Zur Unterstützung dieser Entwicklung bedarf es adäquater Verwaltungsstrukturen.

**Auch Unternehmen** werden sich in Zukunft stärker den sozialen Fragen an ihren Standorten stellen müssen. Hierzu gehört auch die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement – in der Belegschaft ebenso wie in der jeweiligen Kommune. Die Anzahl und Vielfalt der Kooperationen zwischen Kommunen, Ehrenamtlichen und Unternehmen wird wachsen. Sie reicht von sog. public-private-partnership-Unternehmen bis zur Übernahme öffentlicher Einrichtungen durch Private oder Stiftungen.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Haushaltsverschuldung der Kommunen sind diese Entwicklungen – zeitlich versetzt – auch in den strukturstärkeren Regionen zu erwarten.

## Bürgerschaftliches Engagement und die soziale Schere

Die Polarisierung zwischen Arm und Reich, zwischen Menschen mit und ohne Arbeit, zwischen Menschen mit Zugang zu Bildung und erschwerem Zugang zu Bildung wird zunehmen. „Neben einer wachsenden Minderheit der Kinder und Jugendlichen, die in Armutsverhältnissen aufwachsen, lebt auf der anderen Seite des sozialen Spektrums eine ebenfalls wachsende Zahl in sehr wohlhabenden Familien.“<sup>7</sup>

Hinzu kommt, dass die Ressourcen für bürgerschaftliches Engagement unter den einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich sind. Während bereits gegenwärtig Engagement oft ein „Privileg“ der bildungshöheren Schichten zu sein scheint, ist für viele der zeitliche und finanzielle Aufwand, der mit einem persönlichen Engagement verbunden ist, nicht unerheblich.

Die Akteure des bürgerschaftlichen Engagements sollten hier Position beziehen und Strukturen mit verändern helfen. Menschen mit einer guten Ausstattung an Ressourcen sollten sich stärker ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst werden. Für sozial schwache Gruppen müssen **Empowerment-Strategien** verstärkt werden. Hier ist die Politik gefordert, allen Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe auch in Form des freiwilligen Engagements zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang bieten die Verbände der **freien Wohlfahrtspflege** in ihren Diensten und Einrichtungen vielfältige Möglichkeiten für freiwilliges soziales Engagement. Der selbstlose Einsatz von Ehrenamtlichen erhöht die Lebensqualität von Benachteiligten und mindert die soziale Schere. Das soziale Engagement vereint Personen unabhängig von ihrer sozialen Schicht.

Die verantwortlichen Instanzen – wie Kommune, Wohnungswirtschaft etc. – müssen die Interessen der einzelnen Akteursgruppen im Gemeinwesen stärker einbeziehen. Die Ressourcen und Potenziale der Bürgerinnen und Bürger müssen einbezogen und bei konkreten Planungen abgefragt werden. Beispielsweise müssen Beteiligungsformen

7 Andreas Klocke/ Klaus Hurrelmann: Kinder und Jugendliche in Armut, Wiesbaden 2001, S.15, vgl. auch den Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sowie die Stellungnahmen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Nationalen Armutskonferenz.

bei der Planung von Wohnungen und Siedlungen verstärkt werden. „Paten“-Modelle und Empowerment- Strategien sind zu forcieren.

Der Verödung der Städte muss entgegengewirkt werden. Insbesondere in dieser Hinsicht sollten Strukturen des „Empowerment“ unterstützt werden, damit in benachteiligten Stadtteilen die Bewohner/innen ihr **eigenes Wohnumfeld mit gestalten** können. Gleichzeitig wollen viele Ältere bei entsprechender Aufenthaltsqualität wieder aus Stadtrandgebieten in die Stadtzentren ziehen. Generationengerechte Lebenskulturen und Beteiligungsformen sind gefragt.

### Bürgerschaftliches Engagement in Gesundheit und Pflege

Das Gesundheitssystem steht vor zahlreichen Problemen, nicht nur dem der Finanzierung. Gleichzeitig steigt das Gesundheitsbewusstsein, und die Lebenserwartung wird höher. In den nächsten Jahren wird insbesondere die Anzahl der hochaltrigen Menschen ansteigen, für die eine ausreichende Dienstleistungsstruktur im Hilfe- und Pflegefall zur Verfügung stehen muss, da informelle Hilfen durch Angehörige überlastet sind oder ganz fehlen.

Das Gesundheitssystem berücksichtigt noch zu wenig die Interessen, Mitgestaltungsmöglichkeiten und **Selbsthilfepotenziale** der Patientinnen und Patienten. Im Bereich der Pflege sind Angehörige zunehmend überlastet. Effektive Strukturen zum Aufbau von bürgerschaftlichem Engagement bei komplementären Diensten und in der Pflege sind noch selten. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit über professionelle Dienste gewährleistet sein.

Dass die **Eigenverantwortung von Patientinnen und Patienten** im Gesundheitssystem gestärkt werden soll, wird zur Zeit vor allem auf dem Hintergrund der Finanzierungskrise gesehen. Doch auch unser vorherrschender Gesundheitsbegriff ist immer noch eher nachsorgend als präventiv. Das Verständnis von Gesundheit als „Salutogenese“ – d.h. als ganzheitlicher vorsorgender Ansatz – ist noch unterentwickelt. Selbsthilfegruppen und -organisationen werden im Gesundheitssystem nur am Rande wahrgenommen. Ehrenamtlich

Zukunftstrends der Bürgergesellschaft | Ein Diskussionspapier des BBE  
tätige Patientensprecher sind in die Organisationen nur selten aktiv eingebunden.

Das bürgerschaftliche Engagement muss bei dem zu erwartenden Umbau des Gesundheitssystems stärker systematisch einbezogen werden, nicht nur aus Gründen der Finanzierbarkeit. Der **Aufbau sozialer Netze** dient der Prävention ebenso wie der Stärkung der Selbsthilfe- und Beratungskompetenzen Betroffener. Über viele Projektbeispiele zeigt sich, dass Ehrenamtliche bei entsprechender Qualifizierung und Begleitung für verschiedene Tätigkeitsbereiche zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen zu gewinnen sind. Zu nennen sind hier u.a. Gruppen von Engagierten, wie etwa die Christliche Krankenhaushilfe mit ihren Ehrenamtlichen in zahlreichen Krankenhäusern.<sup>8</sup>

### Bürgerschaftliches Engagement für Umwelt und Verbraucherschutz

Die Reaktionen auf Umweltkatastrophen in der jüngsten Vergangenheit haben ein enormes Potenzial zum bürgerschaftlichen Engagement aufgezeigt. Während auf der einen Seite eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber Klimaveränderung, Waldsterben und Bedrohung vieler Tier- und Pflanzenarten festgestellt werden muss, zeigt sich die Notwendigkeit der Aufklärung verschiedener Bevölkerungsschichten und Verantwortlicher in Politik und Wirtschaft, die von engagierten Initiativen betrieben wird. Natur-, Arten- und Landschaftsschutz sind ein wichtiger Bereich des gesellschaftlichen Engagements, bei dessen Realisierung die ehrenamtliche Arbeit in Umweltschutzverbänden eine entscheidende Rolle spielt.

Vor diesem Hintergrund ändern sich auch die Ansprüche der Gesamtgesellschaft: So werden zunehmend Verbraucherschutz und Kundenfreundlichkeit, aber auch Möglichkeiten der Beteiligung und der Selbstbestimmung eingefordert. Auch im Wohnumfeld, in den Bildungseinrichtungen sowie Freizeitorganisationen wollen Bürgerinnen und Bürger stärker mitbestimmen. Der Anstieg des Gesundheitsbewusstseins, das zunehmende Verantwortungsgefühl gegenüber

<sup>8</sup> Siehe auch die Ergebnisse der Tagung „Bürgerschaftliches Engagement für Ältere – Erfolge und Visionen“ des BBE in Ehreshoven 2004.

ärmeren Ländern und nachfolgenden Generationen sowie die allgemein verbesserten Informationsmöglichkeiten beeinflussen die Kaufentscheidungen nicht unerheblich.

Die Gruppe der Konsumenten verfügt über ein starkes Einflusspotenzial auf die Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen. Hier sind zunehmend **effektive Beteiligungsformen gefragt**. Vorhandene Potenziale wie Zeitsouveränität, Bildung usw. stellen Ressourcen dar, die für bürgerschaftliches Engagement eingesetzt werden können. Gerade auch im Bildungsbereich bedarf es geeigneter Zugangswege und Vermittlungsformen.

Kunden und Verbraucher sollten stärker in die entsprechende Planung von Wohnumfeld, Diensten und Angeboten einbezogen werden, um auf diese Weise bürgerschaftlichen Bedürfnissen entgegenzukommen. **Unternehmen** werden in Zukunft ihre „Sozialverträglichkeit“ und ihr Engagement für die Kommune und das Lebensumfeld ihrer Kunden deutlicher unter Beweis stellen müssen. Soziales und ökologisches Engagement von Unternehmen kann zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor werden.

### Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsfaktor und als „lebenslanges Lernen“

Die sozialen und beruflichen Rollen erfordern zunehmende Flexibilität und lebenslanges Lernen. Auch in Betrieben, Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen nimmt die „soziale Kompetenz“ an Bedeutung zu. Beruflich verwertbare Fertigkeiten, die im bürgerschaftlichen Engagement erworben werden – wie Flexibilität, Eigenverantwortlichkeit, Empathie, Teamfähigkeit oder soziale Verantwortlichkeit – nehmen neben dem erforderlichen Fachwissen an Bedeutung zu. Lebenslanges Lernen findet in Betrieben, im sozialen Alltag wie auch in Initiativen statt. Diese Erkenntnis muss nicht zuletzt in den Unternehmen verankert werden und in die Gestaltung von Weiterbildungsprogrammen einfließen.

Bisher sind die Kompetenzen, die aus dem bürgerschaftlich Engagement für die persönliche Entwicklung und die berufliche Bildung

---

erwachsen, noch zu wenig in die schulische und berufliche Ausbildung eingegangen. Soziales Lernen und Übernahme von individueller Verantwortung im Engagement bilden wertvolle gesellschaftliche Lernfelder, die offensiver in den schulischen und beruflichen Alltag sowie in die Bildungsprogramme insgesamt übernommen werden müssen.

### **Bürgerschaftliches Engagement beginnt bereits in der Schule:**

In diesem Sinne sind etwa neue Ansätze von Freiwilligenagenturen zu begrüßen, die im schulischen Bereich soziale Projekte (Schüler-Helfen-Projekte, Service-Learning-Projekte) während des laufenden Schuljahres durchführen.

## **Bürgerschaftliches Engagement und die Potenziale verschiedener sozialer Gruppen**

In Zukunft wird es nicht nur mehr ältere, sondern auch viele junge Menschen unterschiedlicher soziokultureller Milieus geben, die bislang aus verschiedenen Gründen über weniger Beteiligungsmöglichkeiten und Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement verfügen. Dabei handelt es sich zum Teil um Menschen mit Migrationshintergrund, zum anderen um Personen aus sozial schwächeren Schichten. Für diese gilt es neue Zugänge und Beteiligungsformen für bürgerschaftliches Engagement aufzuzeigen und zu fördern.

Ein steigender Bedarf verschiedener Bevölkerungsgruppen an Integration in die Gesellschaft und an einem gedeihlichen sozialen Zusammenleben wird deutlich. So brauchen von Benachteiligung betroffene Gruppen in lokalen Quartieren eigene, wirksame Beteiligungsformen – auch unter Anwendung moderierter Verfahren – damit sie ihre spezifischen Interessen und Bedürfnisse auf Augenhöhe mit den kommunalen Entscheidungsträgern einbringen können und selbst zum Engagement finden. Andere engagierte Bürger – mit und ohne Migrationshintergrund – sowie Fachleute aus sozialen Verbänden und Organisationen können hier wirksam Unterstützung leisten.

Besonders in lokalen Kontexten, in denen große Gruppen von Personen in kulturell homogenen Milieus leben (wie z.B. Migrantinnen und

Migranten), ist eine Moderation zwischen den jeweiligen Bevölkerungsgruppen angezeigt, bei der bürgerschaftlich Engagierte und lokale Organisationen (inklusive der Kirchen) eine wichtige Rolle spielen. Die Notwendigkeit zur Moderation zwischen den Bevölkerungsgruppen gilt in besonderem Maße, wenn der Anteil Einheimischer aus sozial schwachen Schichten hoch ist. Darüber hinaus sind die eigenen Zugangswege zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten noch zu wenig bekannt und erforscht – und die in diesem Bereich bereits seit Jahren existenten Engagementstrukturen immer noch zu wenig anerkannt.

Gleichzeitig zeigen sich regionale Unterschiede hinsichtlich der Außen- bzw. Binnenmigration, so dass es neben Regionen mit einem Anstieg der Bevölkerungszahl auch Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang gibt (bspw. im Osten). Auch wenn sich dies regional unterschiedlich darstellt, so ergeben sich daraus doch wesentliche politische Herausforderungen. Um das Engagement von Migrantinnen und Migranten zu stärken und zu fördern, geht es wesentlich um:

- \* **Anerkennung:** Bisherige Formen der sozialen Selbstorganisation, die den Prozess des Ankommens und Einlebens, aber auch der Alltagsbewältigung betreffen, bedürfen der Anerkennung als Formen des Engagements und einer entsprechenden Würdigung und Förderung.
- \* **Interkulturelle Öffnung des klassischen Engagementbereichs:** Träger und institutionelle Akteure des Engagements sind bei dem Anliegen zu unterstützen, ihre Mitwirkungsangebote und Aktivitätsfelder interkulturell zu öffnen, um das Engagement von Migrantinnen und Migranten nicht nur attraktiver zu machen, sondern überhaupt erst zu ermöglichen.
- \* **Neue Engagementformen:** Unter Beteiligung von Migrantinnen und Migranten und ihren Selbsthilfe-Strukturen sind neue Engagementformen auszuloten, die ihre bisherige Unterrepräsentation im Engagementbereich zu überwinden helfen.

Konkret könnte dies bedeuten,

1. die Bürgerrechte von Migrantinnen und Migranten spürbar zu stärken (Prüfung der Möglichkeit des kommunalen Wahlrechts, niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene z.B. über Partizipationsprojekte in der Stadtentwicklung, eine Aufwertung und Weiterentwicklung der bisherigen Vertretungsstrukturen, etwa in Form von „Migrationsbeiräten“, in denen Migranten, Aussiedler und Einheimische gemeinsam arbeiten).
2. Bürgerschaftliche Vereine und Gruppen für die Integration von Migrantinnen und Migranten zu sensibilisieren und zu qualifizieren, um auf diese Weise eine Öffnung der jeweiligen Vereine zu erreichen.
3. in den Medien eine entsprechende Öffentlichkeit für das Engagement von Migrantinnen und Migranten herzustellen und diese auch zur verstärkten Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache zu ermuntern.

### Bürgerschaftliches Engagement im Verhältnis zur Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten

Die **Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“** und die damit einhergehende Zunahme prekärer Beschäftigungen und Lebenslagen ist eine weitere zentrale Herausforderung für freiwilliges Engagement: In Zukunft werden fließende Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und freiwilliger Tätigkeit zunehmen. Die sog. Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) zeigen dies bereits jetzt. In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass staatlich finanzierte Beschäftigungsgelegenheiten (häufig verbunden mit entsprechenden Zwangsmaßnahmen) in keiner Weise mit freiwilligem Engagement gleichzusetzen sind. Gleichzeitig ist die Vereinbarkeit von sozialer Zeit, Erwerbsarbeitszeit und Freizeit für viele ein erstrebenswertes Ziel, für dessen Erreichen jedoch unterschiedliche Umsetzungschancen unter den einzelnen Bevölkerungsgruppen bestehen.

Das lebenslange Vollerwerbs-Arbeitsmodell wird zunehmend in den Hintergrund treten. Hieraus ergibt sich eine prekäre Ambivalenz: Auf der einen Seite gilt es, allen Menschen eine sinnvolle und sinnstiftende Tätigkeit zu ermöglichen. Auf der anderen Seite gehen Modelle der staatlich finanzierten Lohnersatzleistungen oder Transferleistungen häufig einher mit der erhöhten Gefahr unerwünschter Substitutionseffekte sowie mit negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt – insbesondere im Niedriglohnssektor.

**Fließende Übergänge** in Form der Aufteilung zwischen Sozial-, Erwerbs- und Eigenarbeit sind daher anzustreben und sollten generell für alle Bevölkerungsgruppen möglich sein. Bürgerschaftliches Engagement kann und will „normale“ Arbeitskräfte nicht ersetzen, sondern hat ein eigenes Profil, das auch in diesem Zusammenhang klare Rahmenbedingungen und Anerkennung braucht.

Biografisch orientierte **Lebensarbeitszeitkonten** ebenso wie variable Arbeitszeitmodelle unterstützen bürgerschaftliches Engagement. Unternehmen, staatliche Organisationen sowie soziale Dienste müssen hier zu engagementfreundlichen Lösungen kommen. Gleichzeitig sollten bürgerschaftliches Engagement und niedrig entlohnte Beschäftigungen nicht in Konkurrenz zu einander geraten. Entsprechende Rahmenbedingungen und klare Anforderungsprofile dienen dieser notwendigen Grenzziehung.

Auf längere Sicht ist auch ins Kalkül zu ziehen, welche Auswirkungen eine Verlängerung von Wochen- und Lebensarbeitszeit auf das bürgerschaftliche Engagement haben wird: zum einen im Hinblick auf die damit verbundene grundsätzliche Einschränkung individueller Zeitressourcen, zum anderen aber auch hinsichtlich der Motivation und Motivierbarkeit zu Freiwilligenarbeit in Anbetracht erwartbarer Mehrbelastungen in der Alltagsbewältigung. Um eine gesellschaftlich produktive Koexistenz zwischen den verschiedenen Arbeits- und Engagementformen zu gewährleisten, bedarf es – angesichts der ungeicherten Perspektive von Hartz IV – einer offenen gesellschaftlichen Diskussion über Mindesteinkommen, Grundsicherung und Grundeinkommen.

## Bürgerschaftliches Engagement und demokratische Gestaltungsmacht

Der Anspruch der bürgerschaftlich Engagierten, an der Gestaltung ihres Gemeinwesens teilzuhaben, wächst. So heißt es z.B. in der Berliner Charta des Bürgerschaftlichen Engagements: „Bürgerschaftliches Engagement fördert Partizipation, Integration und Eigenverantwortung aller in Berlin lebenden Menschen und ihren Einsatz für ein aktives Gemeinwesen. Bürgerschaftlich Engagierte beanspruchen, sich mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und mitentscheiden zu können.“

Die bürgerschaftlich engagierten Menschen haben allen Grund, selbstbewusst zu sagen: Wenn wir schon die Aufgaben des Staates und der öffentlichen Hand an vielen Ecken und Enden bereitwillig übernehmen, dann wollen wir auch an der öffentlichen Gestaltungsmacht maßgeblich und kontinuierlich – nicht nur alle vier Jahre bei der Wahl – beteiligt werden.

Einer stärkeren Übernahme von sozialer Verantwortlichkeit durch die Bürgerschaft (wie sie zur Zeit erfolgt) muss eine stärkere Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an politisch-administrativen Entscheidungen gegenüber stehen. In einer Situation, in der die öffentlichen Entscheidungsträger immer weniger in der Lage sind, die Mittel für die Aufrechterhaltung des Gemeinwesens bereitzustellen, sollte die engagierte Bürgergesellschaft nicht als soziale Lückenbüsserin betrachtet, sondern vielmehr als aktive Mitgestalterin des Gemeinwesens akzeptiert und spürbar an seiner Gestaltung beteiligt werden: Unsere repräsentative Demokratie bedarf der wirksamen Ergänzung durch partizipative Elemente.

**Anerkennungskultur ist nicht zuletzt auch Beteiligungskultur:** In den letzten Jahren sind eine Reihe von neuen Verfahren zur Förderung von Bürgerbeteiligung und zur Aktivierung bürgerschaftlicher Kompetenz (wie z.B. das Modell „Bürgerhaushalt“) erfolgreich erprobt worden. Ihnen gemeinsam ist, dass sie Bürgerbeteiligung als einen notwendigen kommunikativen Prozess in der modernen Demokratie verstehen. Was jedoch oft noch fehlt, ist die Bereitschaft der

Verantwortlichen zur Aufnahme dieser „zweiten Säule“ der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung in unsere parlamentarischen und administrativen Strukturen. Denn eine wirkliche Teilhabe der Bürgergesellschaft erfordert erkennbare Verbindlichkeiten in Parlament und Verwaltung: Ihre Ergebnisse müssen glaubwürdig und formal legitimiert in den politischen Entscheidungsprozess einfließen.

Die mit dem Ziel der „Bürgerkommune“ verbundene **besonnene Machtabgabe** von Politik und Verwaltung an die Bürger erfordert eine spürbare Umorientierung des bisherigen Verständnisses von Verwaltungshandeln. Die politischem Umgangsformen – d.h. die sichtbar gemachte Transparenz und die erkennbare bürgerschaftliche Beeinflussbarkeit von politischen und Verwaltungs- Entscheidungen – werden von den Bürgern sensibel registriert und als ein wichtiges Indiz für ihre Einbeziehung in die Gemeinwesenentwicklung wahrgenommen.

Zur Realisierung einer umfassenden bürgerschaftlichen Mitgestaltung sollten auch **neue, interaktive Verfahren** der modernen Kommunikationstechnologie (Internetbefragungen u.ä.) zur Anwendung gebracht werden.

### Bürgerschaftliches Engagement und Wertewandel

Gesellschaftliche Veränderungen haben erheblichen Einfluss auf das Werte-Bewusstsein unserer Gesellschaft. Dabei geht es um **tieferliegende Werteverchiebungen**, die unsere Motivation zum gesellschaftlichen Handeln maßgebend beeinflussen. Innerhalb der hochtechnisierten westlichen Gesellschaften ist eine Pluralisierung der Werte zu verzeichnen – mit der Konsequenz, dass massive Ungleichzeitigkeiten hinsichtlich der Art und der Funktion bestehender Werte und Normen entstehen. In diesem Zusammenhang bedarf es erheblicher gesellschaftlicher Anstrengungen im Sinne „normativer Diskurse“. Gleichzeitig ist von sehr heterogenen Motivationslagen für gesellschaftliches Engagement auszugehen: Materialistische Werte wie das Streben nach Wohlstand und Sicherheit sowie die starke Bindung an Institutionen und Autoritäten stehen neben postmaterialistischen Werten wie dem Streben nach subjektivem Wohlbefinden, nach Selbstverwirklichung und politischer Teilhabe.

Die Werteforschung ist sich weitgehend einig darin, dass in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zum einen eine Werte-Erweiterung und - Pluralisierung, zum anderen eine zunehmende Bedeutung der Selbstentfaltungswerte gegenüber den Pflicht- und Akzeptanzwerten zu erwarten ist. Für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements sind in diesem Zusammenhang zwei Faktoren von besonderer Bedeutung:

**Pluralisierung und geringere Verbindlichkeit:** Werte sind eine wichtige Grundlage für viele Formen des bürgerschaftlichen Engagements.<sup>9</sup> Die derzeitige Pluralisierung der Werte trägt somit zu einer Pluralisierung der Inhalte und Formen des bürgerschaftlichen Engagements bei. Die abnehmende Wertebindung führt gleichzeitig – zumindest tendenziell – zu einer geringeren Stabilität und Konsistenz im Engagement.

**Beispiel, Erfahrung und wertorientierende Instanzen:** Werte können in unserer heutigen liberalen und pluralen Gesellschaft nicht (mehr) durch formale Autorität vermittelt werden. Wesentlich sind vielmehr diskursive Auseinandersetzung und Vermittelbarkeit, Beispiel und Erfahrung. Damit ethische Überzeugungen und Werte verhaltensrelevant werden, muss ihre Befolgung sinnvoll erscheinen. Hierzu bedarf es nicht zuletzt auch wertorientierender Instanzen, die den Menschen und ihrem Engagement ein „geistiges Fundament“ geben.

Bis heute werden weite Teile des bürgerschaftlichen Engagements von religiös geprägten Werten wie „Nächstenliebe“ motiviert und getragen. Angesichts einer immer deutlicher zutage tretenden Pluralisierung der wertsetzenden Instanzen stellt sich jedoch in der „postmodernen“ Gesellschaft die drängende Frage, aus welchen (durchaus verschiedenen) tieferen Quellen sich das bürgerschaftliche Engagement künftig speisen kann. Fragen der „**Rückbindung an das Ganze**“ werden für den inneren Zusammenhalt und die Engagementbereitschaft in der Gesellschaft der Zukunft zunehmend Bedeutung erlangen. Den damit verbundenen Fragen der „Sinnstiftung“ werden sich auch die Organisationen und Netzwerke des bürgerschaftlichen Engagements stellen müssen.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu die von der Caritas in Auftrag gegebene und im März 2007 veröffentlichte Allensbach-Untersuchung über die Motive des bürgerschaftlichen Engagements.

## II. Perspektiven für die Infrastruktur der Engagementförderung

### Auswirkungen des sozialen Wandels auf die kommunale und regionale Infrastrukturentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements

---

#### **Bürgerschaftliches Engagement braucht eine fördernde Infrastruktur**

Das bürgerschaftliche Engagement stärkt und prägt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Es ist aber nicht voraussetzungslos und es braucht einen guten „Boden“, der stets „gepflegt“ werden muss. Von daher benötigt bürgerschaftliches Engagement in der Kommune **ein gedeihliches Klima und eine unterstützende Infrastruktur**: Organisationen, Einrichtungen, Fachkräfte, materielle Ressourcen. Politik und Administration der Kommune haben in diesem Zusammenhang eine gesellschaftlich verpflichtende Aufgabe für das Gemeinwesen und das Gemeinwohl, die perspektivisch auch gesetzlich deutlicher gefasst werden muss. Sie müssen bürgerschaftliches Engagement ermöglichen, anregen und fördern.

Vor dem Hintergrund der geschilderten demographischen Veränderungen, der kommunalen Finanzlage, der Arbeitsmarktsituation, der individualisierten Lebenswelten und der sich ausdifferenzierenden Sozialsysteme ergeben sich für die Engagementförderung die folgenden Trends und Herausforderungen:

- 1. Für die Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements wird es künftig zu einer Herausforderung, das vorhandene Potenzial an Freiwilligen zu halten bzw. stärker auszuschöpfen.**

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird das verfügbare **Potenzial für bürgerschaftliches Engagement unsicherer**, und die Potenzialstruktur wird sich verändern. Besonders in den struktur-

---

schwachen Regionen Ostdeutschlands wandern primär junge, engagierte und hochqualifizierte Menschen mit hoher Mobilitätsbereitschaft ab, die z.T. bereits im Gemeinwesen aktiv waren. In vielen Regionen fehlen in der Folge zunehmend Träger und Initiatoren von demokratischen Prozessen und bürgerschaftlich motivierten Gestaltungsprozessen.

In Anbetracht der fortschreitenden Individualisierung der Lebenswelten (Nutzenorientierung, Selbstverwirklichung) wird die Motivationslage situativer und komplexer. Im Zuge alternativer und unstetiger Beschäftigungsformen verstärkt sich der Trend zur Monetarisierung von Freiwilligenarbeit. Mit dem anhaltenden Druck auf die Sozialsysteme werden Forderungen nach sozialen Pflichtleistungen neben der Erwerbsarbeit lauter (optionale Sozialzeiten in der Lebensbiographie). Dies verengt die Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit als eigenständigem Handlungsbereich.

### **Folgerungen für die Engagementförderung**

Die skizzierten Entwicklungen stellen die engagementfördernden Akteure vor mehrfache Herausforderungen. Auf der einen Seite müssen das Engagement tragende und fördernde Organisationen ihre Mitwirkungsangebote noch präziser an relevanten Zielgruppen ausrichten, um somit den differenzierten Motivationen potenzieller Freiwilliger gerecht zu werden. Der Freiwilligensurvey 2004 liest sich in dieser Hinsicht als Aufforderung, speziell für junge Menschen und Migranten aktivierende Engagementangebote weiter zu entwickeln. Da auf der anderen Seite ältere Menschen zunehmend aktiv für das Gemeinwesen werden, liegen hier Chancen in der Verstetigung der bereits begonnenen generationenübergreifende Freiwilligenprojekte.

**In den Neuen Bundesländern** muss außerdem im Bereich der Engagementförderung verstärkt auf die demographische und soziale Situation und die besondere historische Entwicklung eingegangen werden. Die meisten Verbände haben eine Entwicklung „von West nach Ost“ gemacht und blicken auf eine deutlich kürzere Entwicklungsgeschichte zurück als in den westdeutschen Bundesländern. In

Ostdeutschland (wie auch in strukturschwachen westdeutschen Regionen) sollte daher ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung persönlicher Bindungen an solche Organisationsformen gelegt werden, die den Menschen emotionalen Halt und ein Gefühl des „Aufgehobenseins“ vermitteln. Hierfür bedarf es nicht nur einer verstärkten Kooperation bestehender Verbandsstrukturen und Institutionen im kommunalen Raum, sondern auch einer Öffnung der Zielgruppe/n:

**Insbesondere in der Jugendarbeit** gilt es neue Zugänge zu den Betroffenen zu finden, um ihre Potenziale zu erkennen und zu fördern und eine Teilhabe an der Gestaltung der Region für Jugendliche als „Erlebnis“ erfahrbar zu machen. Vor allem in strukturschwachen (ländlichen) Räumen gilt es Organisationsstrukturen zu schaffen, die beim Aufbau einer Beteiligungskultur hilfreich sind.<sup>10</sup>

Angesichts der Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“, der Prekarisierung des Erwerbslebens und der damit einhergehenden Übergangszeiten individueller Tätigkeitsphasen kann freiwilliges Engagement „Brücken“ in die Erwerbsarbeit bauen: Der Kompetenzerwerb im bürgerschaftlichen Engagement kann positive Auswirkungen auf die Beschäftigungsfähigkeit haben. Allerdings besitzt **freiwilliges Engagement auch einen „Eigensinn“**, der sich nicht einseitig für das Erwerbsleben instrumentalisieren lässt. Vielmehr können durch das Engagement neue Chancen für ein sinnvolles Arbeiten „jenseits von Markt und Staat“ entstehen.

Es bedarf daher der konsequenten Entwicklung von **Anreiz- und Anerkennungssystemen** zur Förderung freiwilligen Engagements. Hier gilt es sinnvolle Möglichkeiten zu entwickeln, wie die im Rahmen des Engagements erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen auch für andere Bereiche darstellbar gemacht werden können, ohne den Eigensinn des Engagements zu schmälern. Gerade Kommunen können hier mit Zertifizierungen, Ehrenamtspässen, Wettbewerben und Freiwilligenprogrammen Akzente setzen, die vom Staat unterstützt werden können - so bietet z.B. die nordrhein-westfälische Landesregierung mit dem „Landesnachweis NRW“ ein einheitliches **Zertifikat für Freiwillige** an, das von Kommunen, Verbänden und Vereinen

10 Die Stiftung Demokratische Jugend unterstützt in diesem Zusammenhang beispielsweise 13 Netzwerke in den Neuen Bundesländern, die mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren in ihren Regionen Handlungskonzepte erarbeitet haben, um Engagementspielräume für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und Jugendlichen eine Perspektive in ihrer Heimatregion aufzuzeigen.

ausgestellt werden kann. Mit dem Landesnachweis können sozialengagierte Menschen ihre im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten dokumentieren lassen, um sie für die Berufswelt zu nutzen. Weitere gute Beispiele in diesem Zusammenhang sind die Jugendleiter-Cards („Juleica“) oder auch der baden-württembergische „Qualipass“.

## **2. Unter den bürgerschaftlichen Einrichtungen wird der Wettbewerb um potenzielle Freiwillige zunehmen, und die Anforderungen an die Beteiligung von bürgerschaftlich Engagierten werden höher.**

Im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Prozess von Differenzierung und Individualisierung in der Gesellschaft setzt sich die Vielfaltigkeit der Organisationen und Einrichtungen, die sich um Freiwillige bemühen, auf einem hohen Niveau fort. Dies gilt für die unterschiedlichen Arten des Engagements, insbesondere bei den zeitlich befristeten Formen des Engagements (Projektarbeit). Zugleich wachsen die Anforderungen und der Aufwand für die Infrastruktur, potenziell Freiwillige zu gewinnen, d.h. sie zielgruppen- und lebenslagengerecht im Stadtteil und persönlich zu informieren, anzusprechen, zu motivieren, zu begleiten und dies kontinuierlich zu betreiben. Hierbei wird ein „verfeinerter“ Ausbau einer breiten Anerkennungskultur an Bedeutung gewinnen.

Anerkennung bedeutet nicht nur eine Kultur der Danksagung (in Form von Ehrennadeln usw.), sondern auch eine Kultur der **Bürgerbeteiligung an den Entscheidungen der Kommune**. Das soziale und das partizipative Kapital der Bürgergesellschaft stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang, den es in Zukunft gerade im Rahmen der Engagementförderung stärker zu betonen gilt. Hier wird es darauf ankommen, die in unterschiedlichen Bereichen engagierten Menschen zum Mitbestimmen und Mitentscheiden in öffentlichen Belangen zu qualifizieren. Dafür bedarf es einer öffentlichen Wertschätzung und Bekanntmachung bürgerschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten und ihrer Verfahren. Eine wichtige Rolle fällt in diesem Zusammenhang auch den Medien – insbesondere der örtlichen Presse – zu, die das

bürgerschaftliche Engagement verstärkt thematisieren, seine Projekte und Akteure vermehrt darstellen und damit die Aufmerksamkeit und die Wertschätzung für das Bürgerengagement insgesamt erhöhen könnte.

## Folgerungen für die Engagementförderung

Grundlegendes Ziel sollte es sein, das Potenzial der bürgerschaftlich Engagierten zu erhöhen und dabei insbesondere die Gruppe der Bereitwilligen zu motivieren und für ein Engagement zu gewinnen. Die Kommunen könnten die unterschiedlichen Einrichtungen, vor allem die Anlauf- und Kontaktstellen, verstärkt in ihren Bemühungen unterstützen: Dies betrifft zunächst die gezielte Information und Ansprache, Beratung und Vermittlung von interessierten Personen und damit die **Verbesserung der „Passung von Angebot und Nachfrage“** – insbesondere im Hinblick auf Personen, die ein kurzfristiges oder sporadisches Engagement bevorzugen.

Des Weiteren sollte versucht werden, die **Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren** durch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und durch gemeinsame Aktionen (z.B. im Rahmen von Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen und -zentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen) zu vertiefen. Die Kommune kann außerdem dazu beitragen, die Kultur der Anerkennung kontinuierlich auszubauen und dabei die Palette der verschiedenen Möglichkeiten auszuschöpfen (Beratung und Fortbildung, Ehrenamtstage und -preise, Bonushefte und Zertifizierungen, Aufwandsentschädigungen und Freistellungen, Versicherungsschutz).

Ein weiterer vielversprechender Ansatz der kommunalen Engagementförderung liegt in der Initiierung und Begleitung von gemeinwesenorientierten und selbstorganisierten **sozialen Netzwerken**, in denen sich ältere Bürgerinnen und Bürger sowohl für ihre eigenen Belange als auch für soziale und andere gesellschaftlich relevante Projekte engagieren.<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> Beispiele hierfür sind etwa die ZWAR-Gruppennetze in NRW und die Seniorennetzwerke.

Schließlich sollten es die Kommunen ermöglichen und fördern, etwa durch Modellprojekte auf Stadtteilebene, die eigenverantwortlichen **Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume der Einwohnerinnen und Einwohner** im Rahmen von kommunalen Entwicklungsprozessen zu erweitern (z.B. durch Zukunftskonferenzen, Fonds für Bürgerforen, Quartiersaktivkassen, Matchingfonds) und entsprechenden Konzepte und Verfahren zu nutzen bzw. zu entwickeln.<sup>12</sup>

Um die Ergebnisse dieser Beteiligungsverfahren in die formalen Entscheidungsprozesse Eingang finden zu lassen, sollte ggf. auch eine Änderung der Gemeindeordnung bzw. der parlamentarischen Geschäftsordnung ins Auge gefasst werden.

### **3. Die Spannung zwischen zunehmender Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und begrenzten materiellen Ressourcen wird zunehmend zu einer Belastung für die beteiligten Akteure.**

Im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung erfährt das bürgerschaftliche Engagement eine zunehmende Wertschätzung durch die politisch-administrativen Instanzen und Akteure. Diese findet ihren Niederschlag aber nicht gleichermaßen konsequent in der **notwendigen Stärkung der Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements** (Organisationen, Einrichtungen, Fachkräfte). Zwar wird die Projektförderung an vielen Orten aufrechterhalten, allerdings findet auf der Ebene der Infrastruktur eher eine strukturelle Aushöhlung der Ressourcen durch Beschränkung öffentlicher und privater Mittel statt.

Die proklamierte Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und die Forderung von mehr Freiwilligenarbeit einerseits, die Schwächung der effektiven Fördersubstanz andererseits bergen aber in Zukunft die Gefahr eines zunehmenden „Legitimationsproblems“ bei der Infrastruktur und einer von den betroffenen Menschen empfundenen „Glaubwürdigkeitslücke“ in sich. Dies wiederum reduziert die Motivation zum Engagement und schwächt das Potenzial für Engagement in der Gesellschaft – was unter Umständen sogar zum Zusammenbruch der Engagement-Strukturen führen kann.

12 Zu den Wirkungen von Wettbewerben und Beteiligung vgl. Roswitha Rüschemund, 2006: Ansätze und Erfahrungen in Hessen vorgestellt am Beispiel der Hessischen Dorferneuerung und des Wettbewerbes „Unser Dorf“. Kommunale Entwicklung durch Bürgermitwirkung und bürgerschaftliches Engagement. In: Wolters Kluwer Deutschland GmbH (Hg.): Gemeindeförderung-Bürgerschaftliches Engagement. In: Kommunal Praxis spezial. Zeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht. Sonderausgabe Nr.1/2006.

Auch hier gilt: Bürgerschaftliches Engagement ist zwar freiwillig, aber für die jeweiligen politischen und administrativen Träger des Gemeinwesens **keineswegs umsonst zu haben!**

## **Folgerungen für die Engagementförderung**

Die beschriebene Spannung aus Bedeutungszuwachs und infrastruktureller Aushöhlung des freiwilligen Engagements lässt sich für den gesamten Dritten Sektor und den „Spendenmarkt“ verallgemeinern. Wer schon einmal Fundraising für Vereine betrieben hat, kennt das Phänomen, dass zwar für Projekte, jedoch selten für die Infrastruktur, die „Bürokratie“ oder gar für „Personal“ der jeweiligen Organisation gespendet wird. Aus diesem strukturellen Problem leitet sich die besondere Verantwortung öffentlicher Haushalte ab, diese für freiwilliges Engagement notwendige (hauptamtlich geleitete) **Infrastruktur zumindest in ihrer Grundfinanzierung zu sichern**. Gleichzeitig macht dies die hohe Bedeutung verbindlicher Engagementformen in diesem Bereich deutlich, deren Förderung besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Darüber hinaus wird es jedoch notwendig sein, im Sinne einer „**trisektoralen**“ Finanzierung und einer „public-private-partnership“ verstärkt Unternehmen, Stiftungen und „Engagementkunden“ zur Finanzierung der Infrastruktur zu gewinnen. Hierzu sei z.B. auf das Programm der „Initiative Bürgerstiftungen“ zur Geschäftsstellenförderung von Bürgerstiftungen verwiesen.

### **4. Bei den Akteuren wachsen das Bewusstsein und die Anstrengungen für eine verstärkte organisationsübergreifende Kooperation und Vernetzung.**

Für eine adäquate lebenslagenspezifische Ansprache und Einbindung der Menschen gibt es eine erhebliche Vielfalt von Organisationen, Handlungsbereichen und Gelegenheiten. Im Zusammenhang mit der Ressourcenentwicklung wächst aber auch die Bereitschaft zur Kooperation, insbesondere zur gemeinsamen Projektentwicklung. Gleichzeitig verstärkt sich die Einsicht bei den professionellen Akteuren, dass eine **zielgerichtete Kooperation und Vernetzung** die gesellschaftspolitische Anerkennung und Aufwertung des Themas und

damit die Legitimation und Effektivität der organisationsspezifischen Arbeit befördert. Dabei fordern die Akteure offensiver die **notwendige Kompetenzpartnerschaft** mit Politik und Administration ein, um die drei „strukturellen Säulen“ zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu stärken: Vielfalt, Kontinuität und Kooperation.

Unter dem Leitmotiv „Mit anderen für uns und für andere“ geht es gemeinsam und fortwährend darum, soweit wie möglich zu erreichen, dass zum einen diejenigen, die schon etwas freiwillig tun, dies auch weiterhin tun, und zum anderen diejenigen, die etwas freiwillig tun wollen, dies auch tun können und werden.

### **Folgerungen für die Engagementförderung**

Der Trend, sich zwecks langfristiger Stärkung des Bürgerengagements zu strategischen Partnerschaften, Kooperationsverbänden oder lokalen/regionalen/landesweiten Netzwerken zusammenzuschließen, geht in die richtige Richtung, ist jedoch kein „Selbstläufer“. Die skizzierte Einsicht, dass eine zielgerichtete Kooperation und Vernetzung die gesellschaftspolitische Anerkennung und Aufwertung des Themas und damit die Legitimation und Effektivität der organisationsspezifischen Arbeit befördert, ist noch lange nicht bei allen professionellen Akteuren der Engagementförderung verankert. Vor diesem Hintergrund gilt es, **erfolgreiche Beispiele** der Projektkooperation und Vernetzung stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen und zudem Erfolgsfaktoren der Netzwerkarbeit analytisch klar zu benennen.

Einer dieser Erfolgsfaktoren ist der **Aufbau von stabilen Einrichtungen** wie z.B. Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen, Anlaufstellen von Kommunen und Verbänden, Bürgerbüros oder auch Bürgerstiftungen. Die jeweiligen Akteure spielen eine wichtige Rolle als Katalysatoren und „Brückenbauer“, die durch ihre Zusammenarbeit vor Ort Unternehmen, zivilgesellschaftliche Vereine und öffentliche Institutionen zu innovativen Projektkooperationen ermutigen und hierbei wichtige Aufgaben des „Netzwerkmanagements“ übernehmen. Deshalb ist es besonders wichtig, die engagementstärkende Infrastruktur dieser intermediären

Einrichtungen finanziell abzusichern. Ein weiterer Erfolgsfaktor für Vernetzung ist es, das Leistungsspektrum und den Mehrwert der Kooperations- und Netzwerkangebote erkennbar zu machen und öffentlich zu kommunizieren. Gerade weil Netzwerke nicht als Dach- oder Lobbyorganisationen zur unmittelbaren Interessendurchsetzung ihrer Mitglieder fungieren sollen, muss mitwirkungsbereiten Menschen der **langfristige Nutzen einer Mitarbeit** in engagementfördernden Plattformen „schmackhaft“ gemacht werden. Der Mehrwert, der sich aus einer solchen Mitarbeit ergibt, stellt sich nicht für jede Zielgruppe und jeden Sektor einheitlich dar, sondern kann je nach der Zielsetzung, der Bedarfslage und der Arbeitsweise der jeweils Beteiligten variieren. So kann z.B. mit der Zielgruppe der Unternehmensvertreter vor Ort versucht werden, Projektkooperationen und Netzwerkarbeit als ein interessantes Instrument für strategisches Corporate Citizenship anzubieten.

### Fazit:

Bürgerschaftliches Engagement ist zwar eine freiwillige gemeinwohlorientierte Tätigkeit, aber sie ist für die Kommunen keineswegs „gratis“ zu haben. Sie bedarf vielmehr einer angemessenen Infrastruktur und einer Anerkennungskultur, die das Engagement und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen ermutigt und bestärkt. Der „Gewinn“, den die öffentliche Hand mit einer solchen Investition in die Zukunft des Gemeinwesens erzielt, wird den getätigten Kapitaleinsatz allerdings um ein Vielfaches übersteigen.

## **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement**

### **Arbeitsgruppe „Perspektiven der lokalen Bürger/innengesellschaft“**

Das im Juni 2002 gegründete Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Verbänden, Kirchen, Verwaltungen, Politik und Wirtschaft mit der gemeinsamen Aufgabe, bestmögliche rechtliche, institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Das BBE hat inzwischen über 200 Mitglieder/Mitgliedsorganisationen, in denen viele Millionen Menschen organisiert sind. Für die einzelnen inhaltlichen Arbeitsfelder des Netzwerks haben sich derzeit acht „Projektgruppen“ gebildet.

Die bundesweite Arbeitsgruppe „Perspektiven der lokalen Bürger/innengesellschaft“ des BBE will mit ihrer Arbeit dazu beitragen,

- das Wissen und den Erfahrungsaustausch über Wege der Engagementförderung, der Bürgerbeteiligung und Demokratieentwicklung auf lokaler Ebene zu verbreitern und besser nutzbar zu machen;
- Ideen und Anstöße zu ihrer Weiterentwicklung zu geben und dabei gerade auch gesamtgesellschaftliche Trends und Herausforderungen zu berücksichtigen;
- offensiv die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und seiner Förderung für eine tragfähige Entwicklung der Gesellschaft bewusst zu machen;
- bürgerschaftliches Engagement auch als wichtigen Standortfaktor für Städte und Gemeinden ins Bewusstsein zu rufen.

Die besondere Aufmerksamkeit der Arbeitsgruppe gilt neben Fragen der allgemeinen Engagementförderung den Themen der bürgerschaftlichen Gestaltungsmacht, der demokratischen Teilhabe sowie dem Empowerment benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Die Arbeitsgruppe befasst sich auch mit den Rahmenbedingungen der lokalen Bürgergesellschaft, die in anderen Bereichen – etwa auf Landes- und Bundesebene – gestaltet werden, um ggf. Vorschläge für deren Veränderung zu machen.

- Die Arbeitsgruppe „Perspektiven der lokalen Bürger/innengesellschaft“ trifft sich in der Regel viermal im Jahr. Falls Sie sich aktiv an unserer Arbeit beteiligen möchten, wenden Sie sich bitte an:

BBE, Arbeitsgruppe „Perspektiven der lokalen Bürger/innengesellschaft“, c/o Netzwerk Zukunft,  
Greifswalder Str. 4,  
10405 Berlin,  
Tel. 030-42 08 23 66,  
Mail: fobuerg@aol.com

- Falls Sie kompetente Beratung und Unterstützung bezüglich der Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements in Ihrer Kommune suchen, können wir Ihnen den Kontakt zu Expert/innen unserer Projektgruppe vermitteln, die Ihnen mit ihrer Erfahrung in einzelnen Sachfragen zur Verfügung stehen.
- Kontakt bekommen sie auch über die Redaktion dieser Publikation:

Thomas Haigis (Filderstadt, Tel. 0711-700 33 75)  
Werner Heye (Hannover, Tel. 0511-16 84 37 89)  
Erhard O. Müller (Berlin, Tel. 0177-277 85 46)  
Roswitha Rüschenhof (Kassel, Tel. 0561-106 31 25)  
Jutta Stratmann (Dortmund, 0231-589 77 10)  
Rudolf Devic (Freiburg, Tel. 0761-20 04 22)

## Informationsmaterialien des BBE

- **Bürgerengagement vor Ort: Wege zu einer lebendigen Kommune**

Anregungen für die erfolgreiche Einbeziehung von Engagement und Bürgerkompetenz in die Gestaltung der Kommune

Eine Information der BBE-AG „Perspektiven der lokalen Bürger/innengesellschaft“.



- **Bürgerkommune**

Die Zukunft der Engagementförderung im kommunalen Raum

Die Dokumentation basiert auf einer Diskussionsveranstaltung des BBE in Kooperation mit der Senatskanzlei des Landes Berlin im September 2005. (Leider nur noch als PDF-Datei erhältlich.)



- **Demokratiepotenziale im Gemeinwesen**

Fach- und Praxisbuch

Das Fach- und Praxisbuch basiert auf der bundesweiten Fachtagung „Demokratiepotenziale im Gemeinwesen“, die die Stiftung Demokratische Jugend in Kooperation mit dem BBE im Rahmen des Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ im Mai 2006 in Berlin durchgeführt hat.



- **Anerkennungskultur Fördern!**

Ein Leitfaden für die Würdigung von freiwillig engagierten

Dieser Leitfaden bietet Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden, Einrichtungen, Kommunen und Wirtschaftsunternehmen Hinweise zum Ausbau von Strukturen und Instrumenten der Anerkennung von bürgerschaftlichen Engagement in Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe.

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)



- **Vom Nebeneinander zum Miteinander!**

Erfolgsfaktoren für Corporate-Citizenship-Partnerschaften

Der Flyer enthält Hinweise, wie Unternehmen, NPOs und Kommunen ihre Corporate-Citizenship-Partnerschaften gestalten bzw. optimieren können.

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)



- **entwickeln | stärken | verbinden**

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement im Überblick (Positionen, Strukturen, Gremien, Arbeitsschwerpunkte, Mitglieder)

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Diese Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFS-FJ).



Die Materialien können auch als PDF-Datei im Internet abgerufen werden:  
[www.b-b-e.de/downloads.html](http://www.b-b-e.de/downloads.html).

Als Printversion sind sie über die Geschäftsstelle des BBE erhältlich:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement  
Bundesgeschäftsstelle  
Michaelkirchstr. 17/18  
10179 Berlin